

»Ist das der versprochene Fortschritt?«

Ampelkoalition setzt bei Bewältigung der Coronapandemie auf einen Generalmajor an der Spitze des neuen Krisenstabs. **Ein Gespräch mit Ekkehard Lentz**

Vor seiner Wahl zum Bundeskanzler kündigte Olaf Scholz, SPD, einen regelmäßig tagenden Corona-Krisenstab an, den Generalmajor Carsten Breuer leiten soll. Seit Monaten werden Soldaten für die Bekämpfung der Pandemie eingesetzt. Wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Gewohnheit?

Schon der bisherige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, hatte im Februar 2020 dafür gesorgt, dass mit Hans-Ulrich Holtherm, Sanitätsoffizier der Bundeswehr im Dienstgrad Generalstabarzt, ein Mann des Militärs die Spitze der neu geschaffenen Abteilung 6 »Gesundheitsschutz, Gesundheitssicherheit, Nachhaltigkeit« übernahm. Das Ministerium beschäftigt über 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass keine fachlich qualifizierte Person unter den zivilen Beamten und Angestellten des Bundes und der Länder für die Leitung des neuen Krisenstabs im Bundeskanzleramt gefunden wurde, ist offensichtlich die Absicht. Zugleich zeigt sich dadurch, dass der Einsatz der Bundeswehr im Inneren fortgesetzt werden soll. Die Geschichte lehrt, dass Militär im Inland demokratiefördernd sein kann.



Ekkehard Lentz ist Sprecher und Mitbegründer des Bremer Friedensforums e. V. und arbeitet in der bundesweiten Initiative »Frieden-Links« mit

geprägte Problemlösungskompetenz.«

Das Verteidigungsministerium nutzt Corona für eine großangelegte Imagekampagne für die Bundeswehr und stellt die Übernahme von zivilen Aufgaben im Inland als gewinnbringend und normal dar. An den Waffen Ausgebildete sind beim Testen dabei, beim Impfen, in Altenheimen, sie sitzen an Corona- und Impfhotlines. Bereits im Frühjahr 2020 sah man Bilder, auf denen Soldaten der Bundeswehr über friedliche Marktplätze patrouillierten. Bildunterschrift: »Bundeswehr-Soldaten unterstützen die Gesundheitsämter bei der Kontaktverfolgung.«

Von den Ampelparteien SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP hat offenbar keine ein

Problem mit der Bundeswehr. Wie bewerten Sie das? Die neue Bundesregierung bekennt sich zur NATO, zur Bundeswehr und zum Aufbau einer eigenen EU-Streitmacht. Und die neue Außenministerin Annalena Baerbock äußerte jüngst in der *Taz*: »Wir stehen zu unserer Verantwortung im Rahmen von NATO und EU und auch zur nuklearen Teilhabe.« Die SPD/Grünen-Regierung unter Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer hat uns den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr gebracht, die Ampelkoalition setzt jetzt einen General ins Kanzleramt. Ist das der versprochene Fortschritt?

Mit Lars Klingbeil wird ein Mann Kovorsitzender der SPD, dem eine Nähe zur Truppe und zur Rüstungsindustrie nachgesagt wird. Was wissen Sie über ihn?

Klingbeil ist »Transatlantiker«. Die NATO propagiert er als »Sicherheits-einrichtung«. In seinem Wahlkreis, nicht so weit weg von Bremen, übersieht er zudem den Zusammenhang zwischen Naturzerstörung und Militär. Klingbeil ist Mitglied des »Förderkreises Heers und der »Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik.«

Und was erwarten Sie von der neuen SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht?

Wir sind Realisten, deshalb sind unsere Erwartungen gering. Dafür sind unsere Forderungen um so klarer: abrüsten statt aufrüsten, Deeskalation, Verhandlungen im OSZE-Format, das alle europäischen Staaten gleich behandelt, auch Russland. Und wir brauchen weder neue Bomber für die Führung eines Atomkriegs noch bewaffnete Drohnen.

Interview: Kristian Stemmler



Siegreicher Rückzug. Nach knapp einjährigem Protest Zehntausender indischer Bauern haben die Landwirte ihren Rückzug angekündigt. Der Protest werde ausgesetzt, teilten Bauernverbände am Donnerstag mit. Die Landwirte hatten seit November 2020 rund um die Hauptstadt Neu-Delhi gegen ein Gesetzespaket zur Liberalisierung des Agrarmarktes protestiert; in dieser Zeit lebten sie dort in Zelten. Das indische Parlament hatte die Novelle Ende November außer Kraft gesetzt. Wie hier an der Grenze zwischen den Bundesstaaten Hariya und Delhi feierten die Bäuerinnen und Bauern am Donnerstag ihren Sieg über die rechte Regierung. (dpa/IW)

Pleite nach Plan

Beijing stellt Immobilienkonzern Evergrande kein Geld zur Verfügung

Die chinesische Regierung wird dem hochverschuldeten Immobilienkonzern Evergrande keine finanzielle Unterstützung zukommen lassen. Der Vorsitzende der Zentralbank, Yi Gang, erklärte am Donnerstag in Beijing, bei der drohenden Pleite des Konzerns handele es sich um einen »Marktvorgang«. Unternehmen und Anteilseigner müssten in Übereinstimmung mit den Rechtsanforderungen und Marktvorschriften angemessen mit »ihren eigenen Schulden« umgehen und die Interessen der Gläubiger auf faire und rechtliche Weise schützen.

Evergrande hat mehr als 300 Milliarden US-Dollar (etwa 266 Milliarden Euro) Schulden. Anfang der Woche war eine 30tägige Frist für die Zahlung von Anleihezinosen in Höhe von 82,5 Millionen Dollar ausgelaufen, die der Konzern

nicht einhalten konnte. Wie die *Financial Times* am Donnerstag berichtete, habe sich der Vorsitzende von Evergrande, Xu Jiayin, geweigert, durch rasche Verkäufe der Filetstücke, darunter Grundstücke, Stadtbauprojekte im Perlflossdelta und die Immobilienverwaltungseinheit des Unternehmens, Geld zu beschaffen.

Doris Fischer, Lehrstuhlinhaberin für »China Business and Economics« an der Universität Würzburg, erläuterte am Donnerstag gegenüber *JW*: Die chinesische Regierung arbeite daran, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Zusammenbruchs zu begrenzen. Dafür mobilisiere sie andere Unternehmen und Investoren, damit vor allem die Immobilienprojekte von Evergrande zu Ende geführt würden. Beijing gehe es vor allem darum, sicherzustellen, dass der

Finanzsektor relativ unbeschadet aus der Sache hervorgehe. »Dabei hilft der Regierung natürlich, dass der Bankensektor weitgehend in staatlicher Hand ist«, so Fischer. Auch habe die Regierung Erfahrung mit der Abwicklung unrentabler Firmen, etwa nach den Folgen der globalen Finanzkrise. Am wahrscheinlichsten sei deshalb eine »kontrollierten Pleite«. Schmerzfrei werde dies jedoch nicht vonstatten gehen; weitere Immobilienfirmen könnten ins Trudeln geraten.

Um dem Finanzsektor Geld zur Verfügung zu stellen, hatte die chinesische Zentralbank am Montag angekündigt, dass der Mindestreservesatz der Banken um 0,5 Prozent auf 11,5 Prozent gesenkt werde. Durch diesen Schritt würde Liquidität von etwa 1,2 Billionen Yuan (170 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt. (Simon Zeise)

NACHRICHTEN

USA verhängen Embargo gegen Kambodscha

Washington. Die US-Regierung hat ein Waffenembargo gegen Kambodscha verhängt. Das US-Handelsministerium begründete dies am Mittwoch (Ortszeit) mit 428 zu einer Stimme für die Vorlage. Diese verlangt von Unternehmen, »klare und überzeugende Beweise« vorzulegen, dass die aus der Region importierten Waren nicht durch Zwangsarbeit beispielsweise von Angehörigen der muslimischen Minderheit der Uiguren hergestellt wurden. China hat die Anschuldigungen im Hinblick auf Uiguren stets zurückgewiesen. (dpa/IW)

verbietet, die angeblich durch Zwangsarbeit hergestellt wurden. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses stimmten am Mittwoch (Ortszeit) mit 428 zu einer Stimme für die Vorlage. Diese verlangt von Unternehmen, »klare und überzeugende Beweise« vorzulegen, dass die aus der Region importierten Waren nicht durch Zwangsarbeit beispielsweise von Angehörigen der muslimischen Minderheit der Uiguren hergestellt wurden. China hat die Anschuldigungen im Hinblick auf Uiguren stets zurückgewiesen. (dpa/IW)

Über-Fahrer in Brüssel wieder unterwegs

Brüssel. Nach rund zweiwöchiger Zwangspause dürfen Fahrer des Fahrdienstes über ihre Arbeit in Brüssel unter bestimmten Bedingungen wieder aufnehmen. Die Regierung der belgischen Hauptstadt verabschiedete am Donnerstag eine Übergangslösung. Das Brüsseler Berufungsgericht hatte entschieden, dass ein Verbot für Privatpersonen, Taxifahrten anzubieten,

auch für bestimmte Berufskraftfahrer gelten soll. Über gewährte den Fahrern infolgedessen keinen Zugang mehr zur Plattform Uber X. Hunderte Fahrer demonstrierten damals wegen des drohenden Fahrtenstopps. (dpa/IW)

Stiko: Coronaimpfung für Kinder mit Vorerkrankung

Berlin. Die Ständige Impfkommission (Stiko) will die Coronaschutzimpfung für Kinder von fünf bis elf Jahren mit Vorerkrankungen und mit Kontakt zu Risikopatienten empfehlen. Das teilte das Gremium am Donnerstag zu einem Beschlussentwurf mit. Es handelt sich noch nicht um eine finale Empfehlung. Änderungen seien möglich. Kinder ohne Vorerkrankungen in dieser Altersgruppe hätten derzeit ein geringes Risiko für schweres Covid-19, Krankenhauserweisung und Intensivbehandlung. Hinzu komme, dass das Risiko seltener Nebenwirkungen der Impfung auf Grund der eingeschränkten Datenlage für diese Altersgruppe derzeit nicht eingeschätzt werden könne. (dpa/IW)

US-Repräsentantenhaus will Import aus Xinjiang verbieten

Washington. Das US-Repräsentantenhaus hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der den Import von Gütern aus der chinesischen Region Xinjiang